



Editorial

Angesichts der guten Lage der deutschen Wirtschaft werden zurzeit zwei Fragen rege diskutiert: Wie viel vom Aufschwung kommt bei den Menschen an? Und: Inwiefern kann die Wirtschaftspolitik die Lorbeeren für das unerwartet schnelle Wiedererstarken der Wirtschaft nach der großen Krise für sich beanspruchen? Die kurzen Antworten lauten: Ja, die meisten Menschen in Deutschland profitieren vom Aufschwung. Und: Dass es so schnell wieder bergauf ging, hat zwar auch etwas mit der wirtschaftspolitischen Reaktion auf die Krise zu tun, ist aber vor allem der weltwirtschaftlichen Dynamik zuzuschreiben.

In Deutschland sind im Jahr 2010 etwa 400 000 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden, und die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sind um 2,7% gestiegen, nachdem sie im Krisenjahr 2009 um 1% gefallen waren. Die Arbeitslosenquote ist mit rund 7% jetzt sogar niedriger als vor der Finanzkrise. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen haben bundesweit mit 13,6% zugelegt; im Jahr 2009 waren sie um 12,6% zurückgegangen. Die gute Lage wird nach und nach auch bei den Löhnen ankommen – auch inflationsbereinigt. Weil die Anzahl der Beschäftigten und die Löhne steigen, werden das verfügbare Einkommen und damit auch die Binnennachfrage weiter zunehmen, obwohl staatliche Abgaben (beispielsweise Beiträge zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung) erhöht werden.

Welchen Anteil hat die Wirtschaftspolitik am Aufschwung? Die Maßnahmen zur unmittelbaren Krisenbekämpfung wie etwa die Garantie für Bankeinlagen, die Gründung des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung und – bei aller Kritik im Detail – auch die expansive Finanzpolitik haben geholfen, den krisenhaften Absturz der Wirtschaft zu bremsen. In Deutschland war es aber vor allem die wegbrechende Nachfrage aus dem Ausland, die auf die Produktion durchschlug. Mit der schnellen Erholung des Welthandels kamen deutsche Exporte rasch wieder in Schwung. Dass der Arbeitsmarkt in Deutschland im Zuge der Krise nicht eingebrochen ist, darf mit als Verdienst der Wirtschaftspolitik angesehen werden. Es sei aber daran erinnert, dass Arbeitsmarktflexibilisierung und die Regelungen zur Kurzarbeit nicht von der aktuellen Bundesregierung, sondern von früheren Koalitionen beschlossen wurden. Der aktuellen Regierung kommt vor allem die Aufgabe zu, die Haushaltspolitik weiter auf die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen auszurichten – auch um sich auf die kommenden demographischen Veränderungen vorzubereiten. Mindestens ebenso wichtig ist es, dass die deutsche Wirtschaftspolitik auf eine Verbesserung von Krisenprävention und Krisenmanagement in Europa drängt: Kapitalanleger müssen die Risiken ihrer Anlagen selbst tragen, auch dann, wenn sie in Euro-Staatsanleihen investiert haben. Werden Risiken regelmäßig auf den Steuerzahler bzw. die solideren Länder in der Europäischen Union überwältzt, wird der Aufschwung langfristig verpuffen und gesellschafts- und sozialpolitischer Sprengstoff ausgelegt.

*Oliver Holtemöller,
Leiter der Abteilung Makroökonomik*